

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mfg. (ohne  
Postgebühren). Bei Aufnahme unter Kreuzband  
1,70 Mfg.

Verbandsmitgliedern erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizeile 40 Mfg.

Nummer 34.

Berlin, den 25. August 1907.

8. Jahrgang.

## Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

### An die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands!

In Ausführung des Beschlusses des ersten Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1903 in Frankfurt a. M. der unterzeichnete Ausschuss im November vorigen Jahres den Deutschen Arbeiterkongress für den 20. Januar und ff. Berlin. Die unerwartete Auflösung des Deutschen Reichstages und der nachfolgende harte Wahlkampf ließ es uns von Interesse der Bestrebungen unseres Kongresses rätlich erscheinen, den Kongress zu vertagen. Nunmehr berufen wir pünktlich zum 20., 21. und 22. Oktober 1907 den

### Deutschen Arbeiterkongress

zum zweiten Male nach Berlin.

Zu demselben laden wir außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten ein, die mit uns auf dem Gebiet der christlichen Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundzüge anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

Die Verhandlungen finden in den Germania-Festsälen zu Berlin N., Chausseestraße 103, statt.

Zur Beratung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatler Franz Behrens-Essen).
2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatler Adam Stegertwald-Köln).
  - A) Die Sonntagsruhe (Berichterstatler Richard Döring-Hamburg).
  - B) Arbeiterschutz in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie (Berichterstatler Franz Wieber-Duisburg).
  - C) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatler Franz Fischer-Mühlhausen/Elßaß).
  - D) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatlerin Fräulein Graf-M. Gladbach).

Es soll dem Kongress vorbehalten bleiben, als Punkt E etwa noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzesentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Eröffnung des Kongresses wird auf Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 11 1/2 Uhr, angesetzt, zu welcher Zeit sich die Herren Vertreter in Berlin einfinden wollen. Die Anzahl der zu entsendenden Vertreter steht den einzelnen Verbänden frei. Sollte namentliche Abstimmung beantragt werden, so ist natürlich die Zahl der vertretenen Mitglieder entscheidend.

Indes glauben wir, die Abstimmungsart den einzelnen Verbänden überlassen zu sollen. Diese können dann ihr Mandat einem Vertreter übertragen, oder dasselbe auch auf mehrere Vertreter, entsprechend der von ihnen vertretenen Mitgliederzahl in den verschiedenen Landesgebieten, verteilen.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisations-Beamtete.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst zahlreich besetzt wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis 15. September 1907 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Namen und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Die Vorträge und Anträge werden gedruckt und spätestens 14 Tage vor dem Kongress allen teilnehmenden Verbindungen und deren Vertretern übermittelt werden.

Mit kollegialem Gruß!

### Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses:

Franz Behrens, Essen, Vorsitzender.	Adam Stegertwald, Köln, Schriftführer.	Wilhelm Schaaf, Hamburg, Rechnungsführer.
Marg. Behm, Berlin.	Joh. Giesberts, W.-Gladbach.	M. Kirchberg, Mühlheim.
Friedr. Kloos, Malfatt.	Peter Holz, Trier.	C. M. Schiffer, Düsseldorf.
Geinr. Benz, München.	Emil Hartwig, Jagen i. W.	

NB. Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Franz Behrens, Essen-Ruhr, Vereinsstr. 21, zu richten.

### „Partei“ und „Gewerkschaften“ in revisionistischem Lichte.

Wie sehr nicht nur von radikal-sozialistischer Seite, sondern auch von revisionistischer, die Gewerkschaften als die ganz überwiegendsten Stützpunkte zur Eroberung der politischen Macht zur Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in eine für und durch die Gesellschaft betriebene betrachtet werden, läßt ein Artikel des Revisionistenführers Edward Bernstein in der Augustnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ erkennen, in welchem er Betrachtungen anstellt über: Gewerkschaft und Partei im Lichte internationaler Erfahrungen. Er schildert hier die Beziehungen zwischen der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften in den einzelnen europäischen Kulturländern. Für Dänemark, Schweden und Österreich kommt er da zu dem Resultat, daß hier die engeren Beziehungen zwischen beiden für die Gewerkschaften im höchsten Maße förderlich gewesen seien. Doch habe sich dieselbe Verbindung auch als einen recht geringen Segen erwiesen und in den Niederlanden, Belgien und Frankreich. Die heutigen Verhältnisse scheide er als zu bekannt für seine Betrachtungen aus auf Grund welcher letzterer er schließlich eine Reihe von Vorschlägen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft

betont hat, daß in einer Reihe von Ländern die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften letzteren eher von Schaden als von Nutzen gewesen ist. Wenn er zur Erklärung dieser Erscheinung auf die Spaltungen in der heutigen Sozialdemokratie hinweist, die auf die Gewerkschaften zurückgewirkt hätten, so entschuldigt das ebenjedenfalls, wie das Verhältnis in Schweden, Dänemark und Österreich etwas zugunsten seiner These beweist. Denn hier ist die Sozialdemokratie wesentlich anders gerichtet als in Preußen-Deutschland und in den anderen vorher genannten Ländern, so daß ein Schluß von jenen auf die Verhältnisse dieser Länder nicht zulässig ist. Speziell für Deutschland ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaftsbewegung heute eine viel geschlossener und machtvollere sein würde, wenn die „freien“ Gewerkschaften von vornherein nicht mit den Schlägen des parteipolitischen Sozialismus behaftet gewesen wären. Bernstein, des Revisionisten, These beweist höchstens, wie sehr auch er die Gewerkschaft als ein parteipolitisches Machtmittel anzusehen sich gewohnt hat.

Dritt so Bernstein für eine enge Koalition zwischen Partei und Gewerkschaften ein, so darf diese nach ihm aber nicht auf Kosten der Entwicklungsbedingungen der einzelnen Organe der Arbeiterbewegung erzwungen werden, die diese Koalition in beiderseitigem Interesse nicht zur vollen Entfaltung gelangen lassen. Gerade darum muß es Regel sein, Streitigkeiten der Gewerkschaften nicht in die politische Bewegung, innere Angelegenheiten der politischen Bewegung nicht in die Gewerkschaften hineinzutragen.“ Wie Bernstein sich die praktische Durchführung dieser Forderung denkt, wird er selbst wohl kaum darzulegen imstande sein. Denn, soll eine Koalition zwischen zwei Bewegungen haltbar sein und auch zu wertvollen Zielen führen,

so muß die Taktik dieser beiden Faktoren im wesentlichen übereinstimmen. Daporn könnte aber bis heute sowohl im Hinblick auf die Partei als auf die Gewerkschaften nicht die Rede sein. Die Worte Generalkrieg und Massenerhebung allein schon besagen nach dieser Richtung genügenbes! Und all die Streitigkeiten, die sich seit Jahren zwischen Partei und Gewerkschaften, ja bis zur Stunde trotz aller wiederholten Verbindungen abgepielt haben, wurzeln sie nicht tieflich insgesamt in der verschiedenen Auffassung von Partei und Gewerkschaften in der Frage der Taktik? Grau, grau, Herr Bernstein, ist alle Theorie! Streitigkeiten wird es zwischen Partei und Gewerkschaft immer geben, so lange sie ihre Auffassung in der Frage der Taktik trennen!

Die Unhaltbarkeit seiner Thesen gibt Bernstein selbst halbwegs zu, wenn er im Punkte Klassenkampf zwischen einem solchen unterzeichnet, wie er von der politischen Bewegung zu führen ist und einem solchen, wie ihn die gewerkschaftliche Taktik verlangt und dann fordert: „Jeder Versuch, die gewerkschaftliche Taktik politischen Zwecken und Schlagworten unterzuordnen, ist zu verwerfen und kann, wie die Erfahrungen der verschiedenen Länder zeigen, nur zur Entfremdung von Partei und Gewerkschaft führen.“ Für eine derartige Unterscheidung haben die Leiter der politischen Bewegung herzlich wenig Verständnis. Sie verlangen einfach, daß die Gewerkschaften den unentwegten Klassenkampf gemeinsam führen. Wie bei dieser Auffassung und Taktik die Gewerkschaften „gedeihen“ müssen, lassen wir den „Zimmerer“ vom sozialdemokratischen Zimmerer-Verband sagen, der in seiner Nummer vom 5. Mai 1906 ausführte, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigt würden, wenn man sie zur Vertretung der Masseninteressen engagiere. „Das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung“, so führte dieses Gewerkschaftsorgan dabei aus, „ist die Wahrung und Verbesserung der beruflichen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter.“ Die Gewerkschaften haben sich dieses Gebiet nicht willkürlich gewählt, es ist ihnen auch von niemand etwa aus Mitleidvollkommenheit oder besserer Einsicht zugewiesen, sondern die Natur der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihre Entwicklung weisen den Gewerkschaften dieses Gebiet an. Die Gewerkschaften sind — und zwar in ihrer heutigen Gestaltung, ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Wer an dieser Grundlage rüttelt oder sie einzuschüttern versucht, legt die Gewerkschaften lahm, vernichtet sie.“

Wenn Bernstein vorsichtig bei allem Eintreten für eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei nach der taktischen Seite hin doch manche Unterschiede gelten läßt, hier eine differenzielle Behandlung von Partei und Gewerkschaft sogar verlangt, so heißt das nach ihm aber durchaus nicht, „daß sie sich sonst zu einander indifferent verhalten sollen.“ Für die Gewerkschaft, die danach streben muß, alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung zu umfassen, darf jedoch der Begriff der politischen Neutralität nicht zur Gleichgültigkeit gegenüber den großen politischen Interessen der Arbeiterklassen führen.“ Damit soll doch wohl gesagt sein, daß die Gewerkschaften ihre politische Interessenvertretung in der sozialdemokratischen Partei suchen müssen. Denn irgend eine andere Partei kann ja nach sozialdemokratischer Lehre wirtschaftliche Arbeiterinteressen gar nicht vertreten, und demgemäß als Partei für die Arbeiter nicht in Betracht kommen. Daß die politische Neutralität einer Gewerkschaftsbewegung zu einer Gleichgültigkeit gegenüber den großen politischen Interessen der Arbeiterklasse führen soll, hat noch niemand von ihr verlangt. Nur ist auch an dieser Stelle immer betont worden, daß die Gewerkschaften als Korporation nicht Politik treiben, ihre Mitglieder auf eine bestimmte Partei festlegen sollen, daß letztere umgekehrt aber die ernste Pflicht haben, innerhalb derjenigen Partei, die ihnen am meisten zusagt, für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen mit Nachdruck tätig zu sein. In dieser Auffassung sollen die Gewerkschaften neutral sein, nicht aber Kampfgruppen der Sozialdemokratie!

Ist man zwischen den Zeilen, so kommt man zu dem Resultat, daß Bernsteins Ausführungen darauf hinauslaufen, daß die Gewerkschaften einerseits unter dem Mantelchen einer gewissen Neutralität bestrebt sein müssen, „alle Arbeiter ohne Unterschied zu umfassen“, daß sie aber andererseits die Pflicht haben, diese zu Anhänger der politischen Partei zu erziehen; denn: die Durchdringung der Gewerkschaften mit dem sozialistischen Geist liegt nicht nur im Interesse der politischen Arbeiterbewegung, sondern auch der Gewerkschaften selbst.“ Damit beweist Bernstein, daß, was Neutralitätsheuchelei anbelangt, zwischen Revisionisten und Radikalen nicht der geringste Unterschied ist, und daß sie sich in der Auffassung von den Gewerkschaften als den Rekrutenschulen und Geschichtstruppen der Partei völlig einig sind. Mögen sie auch in taktischen Auffassungen dabei auseinandergehen, das Ziel, die Arbeiterbewegung mit sozialistischem Geist zu durchdrängen, sie sozialistischen Zwecken dienlich zu machen, ist bei beiden gleich. Daraus mögen die Arbeiter, die nicht gewillt sind, auf dem Umwege über die „freien“ Gewerkschaften sich unter das laubdünne Loch der politischen Partei zu begeben, die Lehre ziehen, allen sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Redungen zu widerstehen, mögen sie von radikaler oder revisionistischer Seite kommen. Die einzig neutralen Gewerkschaften sind die christlichen!

### Krankenversicherung in der Land- und Forstwirtschaft.

Während die Zugehörigkeit zur Unfall- sowie zur Alters- und Invalidenversicherung für fast alle Arbeiter ohne Ausnahme eine gesetzliche Pflicht bedeutet, sind in die Krankenversicherung in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen sowie auch



Bewegung könnte die Firma Schmalitz u. Below insoweit sein... mit demselben einen Vertrag bis 1. Juni 1908 abgeschlossen haben.

**Bezirk Karlsruhe.**

In Säckingen sind die Säger der Firma Schmidt in Streit geraten, weil der Unternehmer zu wiederholten Malen eine Verhandlung brüsk ablehnte, mit den Worten: Ich bin Herr, mir's nicht gefällt, kann gehen und - ja ich jage die ganze Woche zum Teufel.

**Bezirk Köln.**

Köln, 10. August. Differenzen im Kölner Stuhl- u. Burggewerbe! Bei dem Studegeschäft Jäger hatten die Stuhlreue die Arbeit niedergelegt. Der Grund war, daß Jäger mit einem gewissen Jof. Kuland nicht zusammenarbeiten wollten.

Die Versammlung der Stuhlreue nimmt Kenntnis von dem Vorhaben der Prinzipale. Da die organisierten Stuhlreue Köln sich bewusst sind, keinen Anlaß zu der angeordneten Aussperrung gegeben zu haben, und die Differenzen bei der Firma Jäger rein privater Natur sind, protestiert die Versammlung entschieden gegen die Androhung so weitgehender Maßnahmen.

Köln, 14. Juli. In letzter Zeit haben sich die hiesigen Kollegen organisiert. Im Herbst vergangenen Jahres wurde in Gladbach die Bahnhofsstelle errichtet. Einige Kollegen aus Neuwied hatten sich in Ermangelung einer Bahnhofsstelle unseres Verbandes dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen.

Hatte der sozialdemokratische Maurerverband durch den Genossen Pfeiffer aus Koblenz den Unternehmern schnell eine Forderung unterbreitet. Unsere Kollegen, die meistens Einzelmeister sind, verweigern den Unternehmern einen den üblichen Verhältnissen entsprechenden Tarifvertrag ein, dem dann in einer Versammlung selbst der soziald. Verband zustimmte.

**Bekanntmachung.**

Die vom Verband christlicher Bauhandwerker für Dienstag, den 13. ds., abends 8 Uhr, anberaumte Volksversammlung findet in meinem Saale nicht statt.

Am Tage vorher war in derselben Zeitung eine Bekanntmachung, daß in den Räumen des Herrn Schauff die Steuern zu entrichten seien. Auf Grund des „liberalen“ § 23 des Einkommensteuergesetzes können die Arbeiter also im Schauffischen lokale Steuern bezahlen, aber eine Versammlung, in welcher die Arbeiter ihre Interessen beraten wollen, dürfen die steuerpflichtigen christlich-nationalen Arbeiter bei dem „arbeiterfreundlichen“ Wirt nicht abhalten.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Laut Beschluß der Generalversammlung und Anweisung des Zentralvorstandes ist am Sonntag, den 25. August, der sechste Extrabeitrag in Höhe eines Wochenbeitrages zu erheben. Die Kassierer haben die Verpflichtung auf strengste Durchführung des Beschlusses zu achten.

Gütlichlicherweise konnte er sich durch Bekannte legitimieren, sonst hätte man ihn auch noch zur Woche geschleppt. Daß aber Kollege Lange kein Anarchist war, zeigte sich dadurch, daß er alle zur Fange machte und zum Auseinandergehen anhielt, trotzdem der Polizist mit samt dem Gensdarm auf dem Bahnhof „mit zu legen“ hatten. Der eifrige Polizist erlaubte sich sogar in den Wartesaal einzudringen und dem Kollegen Lange jede private Unterredung mit seinen Kollegen zu verbieten.

**Christlich-nationale Arbeiterbewegung.**

Herr Assistent Mumm schreibt uns: Die Einladung zum 2. großen christlich-nationalen Arbeiterkongress ist ergangen. Es handelt sich bei diesen Kongressen um die umfassendste Herzschau der nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Alle übrigen Verbündungen sind, der Wahl nach, bedeutungslos im Vergleich zu diesem Körper, der Oktober 1903 in Frankfurt zum ersten Male sich zusammenfand und Oktober 1907 zum andern Male sich zusammenfand.

kräften, so daß sich eine Gesamtzahl von 1007 000 Seelen ergibt die ihre Vertreter zum Berliner Deutschen Arbeiterkongress zu entsenden beabsichtigen.

Es ist die Eigenart des Kongresses, daß er streng eine Veranstaltung der Arbeiter ist. Mögen den konfessionellen Arbeitervereinen auch Mitglieder anderer Stände mit gutem Willen angehören. Auf den Kongressen soll nur die Arbeiterstimme reden. Die 200 Delegierten von Frankfurt waren ausnahmslos aus dem Arbeiterstand hervorgegangen; auch in Berlin wird diese Eigenart, und uns scheint mit vollem Recht etzuehalten: wenn der Arbeiterstand und die Selbständigkeitsringel, darf er sich dabei nicht von Angehörigen anderer Stände gängelein lassen, sondern muß das hohe Gut eigener Verantwortung sich wahren.

Während die große sozialdemokratische Herzschau, die demnächst wieder in Gießen stattfindet, am liebsten in den Wogen der hohen Politik plätschert und für die eigentlichen konkreten Fragen des Arbeiterchupes wenig Zeit übrig hat, ist der Kongress der christlich-nationalen Arbeiterbewegung streng der Vertretung von realen Arbeiterinteressen gewidmet. Ueber die Sonntagsruhe, die in Handels-, Schank- und Verkehrsgewerbe so sehr viel zu wünschen übrig läßt, wird Kaufmann Dörning, der Herausgeber der trefflichen „Handelswacht“ referieren. Den Bericht über den „Arbeiterchup“ den gesundheitschädlichen und schmerzlichen „Inbuhnen“ hat Franz, wiewohl, der temperamentovolle Hauptvorredner des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, übernommen; erst eben zeigte eine große Versammlung in Duisburg, wie schwer die Wirkstände und wie zahlreich die Unfälle in den Hütten- und Walzwerken sind. Ueber die „gesetzliche Regelung der Arbeitszeit“ wird Sekretär Franz Fischer aus Mühlhausen im Glatz referieren.

Auf jeden Fall ist der Kongress, der am 20. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, Berlin N., zusammengetreten wird, von größter Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Ein jeder in der deutschen Arbeiterbewegung, der seine Interessen entschieden durch seine Kameraden vertreten zu sehen wünscht, braucht nun nicht mehr nach der Sozialdemokratie zu schielen, es gibt auch eine starke Vertretung seiner Interessen auf christlich-nationaler Grundlage.

Es ist wesentlich für den Kongress, daß, was ihn zusammengeführt hat, nicht nur eine gemeinsame Not und eine gemeinsame Bedrängnis, sondern ein gemeinsames positives Ziel ist. Alle Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Schiffsleute, Bedienstete und Angestellte sind eingeladen, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundzüge anerkennen und eine Fortführung der Sozialreform anstreben. Es ist also nicht nur ein „antisozialdemokratischer Kongress“ von Leuten, die nichts innerlich miteinander gemeinsam hätten wie den Gegenstand gegen die Sozialdemokratie, sondern es ist ein großer Zusammenstrom von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen, die trotz aller inneren Verschiedenheit ein breites Feld christlicher und nationaler Gedanken und Gefühle gemeinsam haben. Daß gewährleistet die innere Kraft und Dauer der Bewegung.

Dabei lehnt die Bewegung es aber ausdrücklich ab, sich einer politischen Partei zuzurechnen. Wir wissen, daß solche die christlich-sozial und konservativ, solche die liberal in allen Schattierungen und solche, die zum Zentrum gehören, als Gegarte auf dem Kongress sein werden. Man will nicht dem Volkensfundament einer neuen, künftigen, „nationaldemokratischen Arbeiterpartei“ zusteuern, die nur an ihre Klasseninteressen dachte, sondern man will Einfluß auf die große Mehrheit des Reichstages haben. Und man wird zugeben, daß diese schnell sich mehrenden Massen solchen Einfluß gar bald beanspruchen können. Es sind Realpolitiker aus der Arbeiterbewegung, die den Kongress berufen und leiten. Und doch liegt ein idealistischer Zug deutlich erkennbar über dem ganzen. Dachte man bloß materiell, man trotzte wohl bequem im großen sozialdemokratischen Haufen. Daß diese Männer, in denen das Arbeiterbewußtsein stark pulsirt, sich von ihren verführten Kameraden getrennt haben und eigene Wege suchen, um des Arbeiterstandes Bestes zu fördern, ist schließlich eine Entscheidung des christlichen Gewissens gewesen. Und auch die Angehörigen anderer Stände sollten in unserer ersten Zeit mit herzlichster Freude und Teilnahme auf die große christlich-nationale Herzschau im Arbeiterstand schauen, die der Oktober bringen soll.

**Verbandsnachrichten.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Göttesleben, den 8. August. (Sozialdemokratische Freiheitliche?) Einen bitteren Vorgeschmack über die zukunftsstaatliche „Brüderlichkeit“ bekamen zwei hiesige Nachbader Mitglieder der christlichen Gewerkschaft. Dieselben arbeiteten beim Dachdeckermeister Helling und Groß-Schönungen mit sieben sozialdemokratisch organisierten Kollegen zusammen. Den letzteren gefiel jedoch die Organisation der beiden Christlichen nicht, und forderten sie daher zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband auf. Die beiden konnten sich jedoch nicht von der Wichtigkeit der „Zukunftsstaatlichen“ überzeugen, und blieben daher ihrer Organisation treu. Hierüber in Garmisch geraten, forderten die roten „Freiheitshelden“ die Entlassung der Christlichen. Die Unternehmer jedoch lehnten diese unverschämte Forderung rund ab. Nun forderten sie ihre Entlassung, weil sie mit den Christlichen nicht zusammenarbeiten wollten. Auch jetzt ließ sich der Unternehmer noch nicht einschüchtern, und hörten Johann die Genossen auf. Es sind dieses die Nachbader Ab. Krause, Wiltz, Stamm, Karl Wenzel aus Schönungen und Wiltz, Weddig aus Gerheim. Und solches Volk, das seine eigenen Arbeitskollegen berart behandelt, sich nicht scheut, dieselben bloslos zu machen, nur weil sie nicht an den „sozialdemokratischen Wöhlin“ glauben, will die ganze Welt verbessern! Eine Organisation, die solche Früchte zeitigt, ist sicherlich nicht imstande, die Lage der Arbeiter zu heben, sondern nur alle Kräfte vor dem Arbeiterstand zu untergraben.

